

erlen mittleren
ntloft 100 bis
-30 000 M.,
000 M., das
-50 000 M.,
Zweischgen
Pfund vers
nennenswert
schpreis zum
as Pfund ge
-850 000 M.,
00 M., Pal
Pfund. Fer
90 000 M.,
000 M., die
isen galt der
mer 130 000
-64 000 M.,
n.

Marktthalle
ute 705 000
000 M. und
n.

mpflücke ist
s Pöstcher
per Zent-

Calw.
alt.

8 1/4 Uhr
abend
Klaß.

nen an
eil-Hiller
anstatt.
reit
instatt.

reis!
M=
n

anen,
cantie.
Mark
000 000
000 000
000 000
000 000
000 000
000 000
000 000
000 000
000 000
000 000
000 000

alw,
57.

aat,
st=
men
Deutsche.



Nr. 194 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 30 000 M., Familienanzeigen 24 000 M., Reklamen 90 000 M. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9. Dienstag, den 21. August 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Erdgas 50 000 M. monatlich. Postbezugspreis 50 000 M. ohne Postgebühren. Einzelnummer 10 000 M. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Gestern wurde im Reichstabinett über die Möglichkeit der Beschaffung von Auslandskrediten zum Ankauf von Lebensmitteln, sowie über Maßnahmen zur Entwirrung unserer wirtschaftlichen Notlage beraten. Es soll sich um die Feststellung von Richtlinien für eine sofort zu verfolgende energische Finanz- und Wirtschaftspolitik handeln.

Die französische Antwortnote nach England soll heute übergeben werden. Es wird vorzugsweise aber von London aus schon im Voraus darauf hingewiesen, daß natürlich noch nicht gesagt werden könne, ob und wenn darauf hin ein neuer Schritt der englischen Regierung erfolge, da, wie aus der letzten Rede Poincarés zu erhellen sei, die Antwort nicht befriedigend sein werde. Es wird also schon wieder eine neue Verschleppung angekündigt. In England wird immer mehr, wie vorausgesehen war, für eine Verständigung mit Frankreich Propaganda gemacht.

Merkwürdiger Weise beurteilt die französische Vintspresse die letzte Rede Poincarés sehr günstig, man hält sie für „versöhnlicher“ nach Deutschland hin, und für objektiver gegenüber dem englischen Standpunkt.

Der deutsche Reichsminister will nach Veröffentlichung der französischen Note an England auf die letzte Rede Poincarés antworten. Im übrigen hat der deutsche Innenminister Soliman erklärt, daß die neue deutsche Regierung fester als alle ihre Vorgängerinnen dastehen, daß sie zwar nicht nationalistic sei, aber die deutschen Hoheitsrechte zu wahren entschlossen sei.

Wie sich Amerika der Reparationsfrage gegenüber verhält, darüber können wir uns ein kleines Bild machen, wenn wir hören, daß der Staatssekretär des Neuhern eine Umfrage an die Regierungen (welche?) habe ergehen lassen, wie sie sich zur Frage der Erreichung eines „unabhängigen“ Rheinlands verhalten. Ein solcher unerhörter Schritt dürfte genügen zur Beurteilung der amerikanischen „Neutralität“.

Die Ruhr- und Reparationsfrage.

London vor der neuen französischen Antwort.

Die Verschleppungspolitik geht fort. London, 20. Aug. Den Blättern zufolge wendet sich das gesamte politische Interesse der französischen Antwort auf die britische Note zu, die morgen vormittag auf der englischen Botschaft in Paris überreicht und durch Kurrier nach London überbracht werden soll. „Evening Standard“ zufolge kommt Baldwin morgen nach London zum Empfang der französischen Note und wird mit anderen Ministern an einer informellen Kabinettsitzung teilnehmen, die, wie man annimmt, am Mittwoch vormittag in der Downing Street stattfindet. Reuter erfährt, daß die Frage der Abhaltung einer interalliierten Konferenz über das Reparationsproblem entschieden als verfrüht angesehen wird. Gut-unterrichtete Kreise erklären, daß erst nach Empfang der Note es möglich sein werde, zu beurteilen, ob irgend eine Grundlage zu irgend einer Vereinbarung zwischen den Alliierten bestehe, um die Abhaltung einer derartigen Konferenz zu rechtfertigen.

Die französische Presse zu Poincarés letzter Rede.

Paris, 20. Aug. Zu der gestrigen Rede Poincarés in Charleville äußert sich „Echo de Paris“ dahin, daß die Festigkeit in der Sache und die Herzlichkeit in der Form, die beiden charakteristischen Züge der kommenden französischen Note, sich auch schon in der gestrigen Rede geäußert hätten. — „Petit Journal“ meint, die Rede sei die beste Verteidigung gewesen, die der Chef der französischen Regierung zugunsten Frankreichs gehalten habe. „Eclair“ meint, Poincaré habe maßvoll gesprochen. Wenn man ihm den Vorwurf mache, daß er immer dasselbe sage, so habe dieser Vorwurf keine Berechtigung, denn er sage immer dasselbe, weil es sich immer um dasselbe handle. „Deux“ nennt die Rede die friedfertigste, die es bisher aus dem Munde des Ministerpräsidenten gehört habe. „Ere Nouvelle“ erkennt an, daß Poincaré sich bemüht habe, die Debatte mit Entschiedenheit in der Form und durch Sachlichkeit in der Polemik zu führen. — „Humanité“ findet den Ton der gestrigen Rede verhältnismäßig versöhnlich. Das Blatt ist aber der Ansicht, daß Poincaré in

keinem Punkte zurückweiche und im Grunde nichts neues gesagt habe. — Wenn sozialistische Blätter in Frankreich die letzte Rede Poincarés für „versöhnlich“ halten, so kann man sich ungefähr den Widerstand vorstellen, den dieser von Seiten der Linken bei Verfolgung seines Ziels zu erwarten hat.

Englische Stimmen zu Poincarés letzter Rede.

London, 20. Aug. (Wolff.) Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, die Veröffentlichung der französischen Note müsse abgewartet werden, denn es könne nicht gesagt werden, daß Poincaré in seiner Rede in Charleville irgend ein neues Licht auf die Lage geworfen habe. Der Pariser Berichterstatter der „Daily News“ schreibt, in der Rede des französischen Premierministers sei nichts enthalten gewesen, was auf die Wahrscheinlichkeit deutete, daß Poincaré in den Hauptpunkten, in denen er mit Großbritannien nicht übereinstimme, irgendwelche Zugeständnisse machen werde. Im Beirartikel schreibt die „Daily News“, Poincaré habe gezeigt, wie er die Versicherung aus England begrüße, daß er besser als Baldwin verstehe, welche Politik im wahrsten Interesse Großbritanniens liege. Dies sei eine Art verbretcherischer Torheit, die Chamberlain durch seine Angriffe ermutigt habe. Wenn Poincarés Rede in Charleville ein Hinweis auf seine bevorstehende Note an Großbritannien sei, so sei wenig von dieser zu erhoffen. Poincaré betrachte sich als den Schiedsrichter Europas, dessen Dekrete anzusehen töricht und kindisch sei. Es sei zu hoffen, daß Baldwin keine weitere Zeit verlieren werde mit dem Versuch, einen Unbelehrbaren zu belehren, sondern mit jener Sonderaktion vorgehen werde, die er als unvermeidliche Folge fortgesetzter französischer Unnachgiebigkeit angekündigt habe. Der „Daily Chronicle“ schreibt, in England wisse man mehr über die Ursache des Rückganges des englischen Handels als Poincaré, und dessen Methode, den Engländern zu sagen, daß er recht und die Engländer unrecht hätten, mache besonders in einem Falle wie diesem keinen Eindruck. Poincaré hätte es in seiner Macht gehabt, die Einigkeit der Alliierten aufrecht zu erhalten, der er auch jetzt wieder Lippendienste leiste. Er habe sie aber zerstört. Poincaré werde sie nicht wiederherstellen, indem er den Engländern zeige, was sie tun müßten, oder indem er von ihnen erwarte, daß sie immer seinem Diktat folgen würden. Es würde besser sein, wenn Poincaré einfähe, daß ein Zusammenwirken auch Zugeständnisse bedeute und daß Zugeständnisse nicht nur einseitig sein könnten. Die britische Nation werde es müde, die Rechte Europas und die Interessen Englands auf das anmaßende Geheiß des französischen Premierministers hin in den Hintergrund zu stellen.

London, 20. Aug. (Wolff.) Die „Times“ schreibt: Soweit augenblicklich zu übersehen sei, beabsichtige Frankreich nicht, sein Verfahren zu ändern, obwohl die fortdauernde Besetzung des Ruhrgebietes die Wirkung gehabt habe, daß sich die vorsichtige und von Sorge eingegebene Mißbilligung, die von der britischen Regierung zunächst ausgesprochen worden sei, in einen Protest verwandelt habe, wie er in der letzten britischen Note enthalten sei. Poincaré scheine wirklich zu denken, daß eine vereinte Aktion nur zustande gebracht werden könne, indem Großbritannien seine Zustimmung zu der Politik erteile, die jetzt von Frankreich verfolgt werde. „Wir werden unser Problem nicht lösen, indem wir, wenn auch verdrücklich, der Ruhrbesetzung zustimmen, nur weil unsere Alliierten sich weigern, irgendeine Alternativmöglichkeit in Betracht zu ziehen. Die englische Regierung hat eine vernünftige Wahl vorgeschlagen und wird sie zweifellos gerne mit unseren Alliierten erörtern. Vielleicht wird die nächste Note trotz des entmutigenden Tones der Rede Poincarés Material für eine derartige Erörterung bieten. Für den Augenblick ist der einzige etwas ermutigende Umstand, den wir sehen können, die neue Entschlossenheit in Deutschland, eine finanzielle Reform durchzuführen, und die dort unternommene Anstrengung, die Mark irgendwie zu stabilisieren. Wenn Stresemann wirklich seine Erklärung in die Praxis umsetzen kann, daß die beste Außenpolitik die Herstellung der Ordnung im Innern sei, wenn er vollständig die Lethargie abschüttelt, die Deutschland bis an den Rand des Abgrundes gleiten ließ, dann besteht immer noch Hoffnung. In der noch verbleibenden Zeit kann eine vernünftige Ansicht von dem Reparationsproblem allmählich Boden gewinnen und in einer sich allmählich aufklärenden Atmosphäre könnten die Alliierten schließlich die Möglichkeit finden, sich über eine gemeinsame Politik zu verständigen.“

Der Franzosenfreund Chamberlain für Aufrechterhaltung der Entente.

London, 20. Aug. (Drahtb. W.-B.) Austin Chamberlain behandelte gestern in einer Rede in Birmingham die Beziehungen zwischen Frankreich und England. Er erklärte, für den Augen-

blick beherrschte die Ruhrfrage die auswärtigen Beziehungen. Eine friedliche und baldige Regelung der Lage Europas hänge von der Aufrechterhaltung der Entente zwischen England und Frankreich ab trotz aller Schwierigkeiten, Mißverständnisse und Differenzen. England stimme mit Frankreich darin überein, daß Deutschland den Alliierten zahlen solle, was es zahlen könne, als Reparation für den Schaden, für den es verantwortlich sei. Es sei vielleicht wahr, daß die alliierten Regierungen in der Vergangenheit mehr verlangt hätten, als Deutschland zahlen könnte, sicher jedoch sei, daß Deutschland niemals Anstrengungen gemacht habe, um seine Verpflichtungen zu erfüllen. Unter diesen Umständen seien die Alliierten berechtigt, Deutschland scharfe Bedingungen aufzuerlegen und eine entsprechende Aufsicht und Kontrolle über die deutschen Finanzen zu fordern, wie sie nachweislich notwendig sei, damit Deutschland die Verpflichtungen des Vertrages erfülle. Chamberlain erklärte weiter, trotz dieser Ansicht sei er der Auffassung, daß der Einmarsch ins Ruhrgebiet ein großer, verhängnisvoller Fehler war. Nach seiner Ansicht bestehe das Heilmittel darin, das Maß der deutschen Zahlungsfähigkeit zu suchen, das mit der Erholung Deutschlands zunehme. Dieses Maß sei in wirksamer Weise nur zu finden, wenn man den Unterschied zwischen dem deutschen Ausfuhrhandel und dem Wert der deutschen Einfuhr kenne, die notwendig sei, um Leben und Industrie des deutschen Volkes aufrechtzuerhalten. Chamberlain fuhr fort: Die Noten, die vor kurzem ausgetauscht worden seien, enthielten Meinungsverschiedenheiten zwischen der britischen Regierung und den Alliierten. Noch außerordentlicher sei es, daß die britische Regierung jetzt die Beschuldigung erhebe, daß die Besetzung, zu der sie Frankreich anfangs ermutigte, von Anfang an ungeschickt gewesen sei. Dies sei inkonsequent, unlogisch und zwecklos. Er könne nicht mit Befriedigung und Vertrauen den Weg der Regierung in den auswärtigen Angelegenheiten verfolgen. Die Regierung müsse Vorsicht und Voraussicht zeigen. Die Entente hänge an einem Faden. Jede ungeschickte Behandlung dieser Frage im gegenwärtigen Augenblick könne das Werk der letzten 12 oder 15 Jahre zunichte machen. Die augenblickliche Lage enthalte Gefahren für England, für die Alliierten, für Europa und die ganze Welt. Bevor die Regierung weitergehe, müsse sie wohl erwägen, was sie tue und müsse die verschiedenen Alternativen und Eventualitäten in Betracht ziehen.

Der deutsche Innenminister über die Haltung der neuen deutschen Regierung.

Bern, 20. Aug. Der Berliner Vertreter der Schweizerischen Depeschagentur hatte eine Unterredung mit dem Reichsminister des Innern Soliman, in deren Verlauf der Minister u. a. sagte, auch jetzt noch, wo die Erregung, die in Deutschland in der vergangenen Woche Platz gegriffen habe, abgeklaut sei, bemüht sich gewisse Zeitungen, aufbauende Meldungen in die Welt zu schicken, um dadurch den Eindruck einer Schwäche des neuen Kabinetts zu erwecken. Die jetzige Regierung werde sich aber als stärker erweisen als jede ihrer Vorgängerinnen seit der Revolution. Gewiß könne sie vor Beendigung des Ruhrkampfes und vor einer gewissen Lösung der Reparationsfrage keine wirklich durchgreifende Besserung der inneren Lage Deutschlands schaffen, aber sie sei fest gewillt, und habe die Kraft dazu, Deutschland jetzt nicht in inneren Zuständen verbluten zu lassen. Das Reichstabinett einschließlich des Reichsfinanzministers habe die demokratische Republik für die einzige Staatsform, unter der Deutschland leben und seine Wirtschaft sich entwickeln könne. Eine außenpolitische Aktivität werde sich vielleicht ergeben, wenn die Erklärung der deutschen Regierung irgend einen amtlichen Widerhall in Frankreich gefunden haben werde. Das Kabinett wolle die Hoheitsrechte der deutschen Republik wahren, aber es fühle sich von jedem Nationalismus frei.

Amerikanisches Urteil über die „Erfolge“ des Ruhrereinfalls.

Washington, 19. Aug. Der amerikanische Bevollmächtigte bei der Internationalen Handelskammer in Paris hat einen umfassenden Bericht über die Wirtschaftslage an der Ruhr abgeschlossen. Darin vertritt er die Meinung, daß, wenn die Besetzung des Ruhrgebiets aufhöre, Deutschland in der Lage sei, schneller als irgend eines der großen Länder Europas normale Verhältnisse in der Industrie wiederzugewinnen. Der Bericht ist von der amerikanischen Abteilung der Kammer veröffentlicht worden. Er stellt fest, daß Frankreich annähernd nur ein Drittel soviel Kohle

